Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 26/2013 vom 24.04.2013	
5	Bebauungsplan Wb 16 in der Ortschaft Walberberg; Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit	262/2013-7
6	Bebauungsplan Bo 21 in der Ortschaft Bornheim, 1. Änderung - Satzungsbeschluss	300/2013-7
7	Antrag der SPD-Fraktion vom 22.05.2013 betr. Ersatz der Kiefern-bäume im Bereich des Parkplatzes Friedrichstraße	306/2013-6
8	Mitteilungen mündlich und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	
9	Anfrage der FDP-Fraktion vom 22.04.2013 (Eingang 25.04.2013) betr. Landesregierung lässt den Denkmalschutz fallen - Konsequenzen für Bornheim	265/2013-6
10	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Wilfried Hanft eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Planung und Liegenschaften der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1 – 10

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
	VA Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
	Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.	
3	Einwohnerfragestunde	
	Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.	

4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 26/2013 vom 24.04.2013	
----------	--	--

Beschluss

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über die Sitzung Nr. 26/2013 vom 24.04.2013 keine Einwände.

- Einstimmig -

5	Bebauungsplan Wb 16 in der Ortschaft Walberberg; Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit	262/2013-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften beauftragt auf Antrag aller Fraktionen den Bürgermeister den vorliegenden Bebauungsplanentwurf so umzuplanen, dass entsprechend der Abstimmungen und der hierauf fußenden Beschlussfassung zum Flächennutzungsplan im Planbereich des Wb 16

1. die planungsrechtliche Möglichkeit zur Ansiedlung eines Wohnheimes mit Erschließung vom Ackerweg
2. die Möglichkeit zur Errichtung einer forstwirtschaftlichen Halle im Plangebiet sowie
3. die Schaffung von mindestens 14 P+R-Plätzen geschaffen wird und das Ergebnis dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorzulegen.

Auf Restflächen im Plangebiet ist Wohnbebauung auszuschließen, diese sollten als Fläche für nicht störendes Gewerbe ausgewiesen werden.

- Einstimmig -

6	Bebauungsplan Bo 21 in der Ortschaft Bornheim, 1. Änderung - Satzungsbeschluss	300/2013-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, den vorliegenden Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Bo 21 in der Ortschaft Bornheim einschließlich der vorliegenden Begründung gemäß § 10 BauGB als Satzung.

- Einstimmig -

7	Antrag der SPD-Fraktion vom 22.05.2013 betr. Ersatz der Kiefern-bäume im Bereich des Parkplatzes Friedrichstraße	306/2013-6
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften,

1. beschließt, dass es Dritten gestattet wird, die Kiefern an der Friedrichstraße in Abstimmung mit der Stadt zu fällen und zu entsorgen, wenn diese entsprechende Ersatzpflanzungen mit heimischen Felsenbirnen im selben Bereich vornehmen,
2. beauftragt den Bürgermeister, eine bautechnische und gewährleistungsrechtliche Prüfung durchzuführen, ob die L-Steine auf dem Parkplatz (außer der Bereich des Lehrerparkplatzes) entfernt und diese den Anliegern zur Verfügung gestellt werden können (Pflanzfläche Friedrichstraße und Fußweg Kreissparkasse),

3. beauftragt den Bürgermeister, nach dieser Prüfung in einer interfraktionellen Runde unter Einbeziehung von 1-2 Vertretern der Anliegergemeinschaft die Maßnahme zu erörtern.

Die Politik begrüßt, dass die Stadtverwaltung beim Kauf der Felsenbirne der Anliegergemeinschaft behilflich sein möchte.

- Einstimmig -

8	Mitteilungen mündlich und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	
----------	---	--

Keine

9	Anfrage der FDP-Fraktion vom 22.04.2013 (Eingang 25.04.2013) betr. Landesregierung lässt den Denkmalschutz fallen - Konsequenzen für Bornheim	265/2013-6
----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

10	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

von AM Züge betr. Bahnstrecke Köln/Bonn

Mittelrheinbahn weist 6 Verbindungen aus, die nur mit einer Bahneinheit fahren

1. Ist dies der Stadt bekannt?

Antwort:

Ja dies ist der Stadt bekannt.

2. Was unternimmt die Stadt dagegen?

Antwort:

Die Stadt kann nicht verhindern, dass die Mittelrheinbahn diese gegenüber den Fahrgästen unverantwortliche Politik fortsetzt. Die Stadt kann lediglich gegenüber dem Aufgabenträger darauf hinweisen, dass es sich dabei um eine äußerst negative unternehmerische Maßnahme handelt, für die jedes Verständnis fehlt. Es wird sich an den Aufgabenträger diesbezüglich gewandt. Es besteht jedoch nicht die Hoffnung, dass dieses Verhalten kurzfristig abgestellt wird.

Es wird beim NvR nachgefragt, ob es sinnhaft ist, Ausschreibungen zu fertigen, wenn Unternehmen ihre eigene Kostenoptimierung zu Lasten der Fahrgäste durchsetzen und ob das Unternehmen in der Lage ist bei weiteren Ausschreibungen dabei zu sein, wenn in dieser krassen Art und Weise gegen die Ausschreibungsbedingungen verstoßen wird.

von AM Braun-Schoder betr. 7 Züge mit 1 Traktion vom 10.-13.06 und 17.6-20.6.2013

1. Kann die Verwaltung am Bahnhof Sechtem und Roisdorf eine Mitteilung aushängen, dass die Bürger über den Sachstand informiert werden?

Antwort:

Die Verwaltung ist weder Aufgabenträger noch Betreiber und kann nicht in Ersatzvornahme untätiger Verkehrsunternehmen Hilfsleistungen erbringen.

Deswegen wird sich auf eine Reaktion gegenüber dem Aufgabenträger beschränkt werden.

2. Es stehen wieder Ausschreibungen an.

Ist dann nicht wieder ähnliches zu erwarten?

Antwort:

Dies wurde bereits bei der Anfrage von AM Züge beantwortet. Wenn die Stadt z.B. einen Bauunternehmer hat, wo die Straße nicht entsprechend der Ausschreibung ausgebaut wird, würde das Unternehmen zukünftig nicht mehr beauftragt.

von AM Meyer

1. Wäre es nicht interessant, wenn die Presse die Situation veröffentlichen und das Problem dargestellt würde, dass der Zugverkehr hier erheblich gestört ist?

Antwort:

Der Aufgabenträger NvR muss sich Gedanken machen, ob er zu Billigpreisen einen Unternehmer beauftragt eine Strecke zu bedienen oder ob Qualitätsstandards definiert werden, dass z.B. sichergestellt werden muss, dass einige Reservefahrzeuge vorgehalten werden. Die Politik sollte auf die entsprechenden Aufgabenträger hinwirken, dass vernünftige Ausschreibungen gemacht werden, die den Fahrgästen diese Problematik erspart.

2. Ist der Verwaltung bekannt, ob die RM 48 auch von einer Privatbahn betrieben wird?

Antwort:

Die Tendenz zu einer Privatbahn ist veröffentlicht worden.

von AM Braun-Schoder

Kann die Verwaltung nachfragen, ob tatsächlich die Fensterscheiben der Mittelrheinbahn am Roisdorfer Bahnhof mit Steinen eingeworfen wurden?

Antwort:

Dies wird geprüft.

von AM Velten betr. Radweg Roisdorf/Hersel

Kann die Ausbauplanung vom Landesbetrieb NRW dem Ausschuss vorgestellt werden?

Antwort:

Die Unterlagen liegen im Hause vor und können von jedem Bürger einsehen werden. Bei Herrn Ertl können die Unterlagen eingesehen und dann können gegebene Hinweise an den Landesbetrieb NRW weitergeleitet werden.

Ende der Sitzung: 19:26 Uhr

gez. Wilfried Hanft
Vorsitz

gez. Petra Altaner
Schriftführung